

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 17. September 2020 · Nr. 216 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



Nichtmenschliche Primaten – im Bild eine Schimpansenmutter mit Baby – sollen das Recht auf Unversehrtheit erhalten. TOM GILBERT / AP

Baslerinnen und Basler stimmen über Grundrechte für Menschenaffen ab

Das Bundesgericht erklärt kantonale Volksinitiative für gültig

ald. · Geht es nach der Denkfabrik Sentience Politics, sollen Affen rechtlich bessergestellt werden: Die Organisation hat im Kanton Basel-Stadt die Initiative «Grundrechte für Primaten» lanciert, die das Bundesgericht am Mittwoch für gültig erklärt hat. Baslerinnen und Basler werden also bald darüber abstimmen, ob ihre Kantonsverfassung auch nichtmenschlichen Primaten das Recht auf Leben sowie körperliche und geistige Unversehrtheit garantiert.

Sowohl der Regierungsrat als auch der Grosse Rat hatten das Begehren zuvor für ungültig erklärt. Doch das Bundesgericht teilt die Meinung des Basler

Verfassungsgerichts. In der öffentlichen Beratung ist es am Mittwoch zu dem Schluss gelangt, die Initiative verstosse nicht gegen übergeordnetes Recht. Doch ganz wohl war dem Bundesgericht dabei nicht, denn es bezeichnete die Begründung zur Initiative gleichzeitig als teilweise «fragwürdig und irreführend». Die Initianten suggerierten nämlich, sämtliche im Kanton lebenden Primaten sollten gesetzlich geschützt werden. Dies ist nicht der Fall, wie das Bundesgericht festhielt. An die Grundrechte seien einzig kommunale und kantonale Institutionen gebunden, nicht aber private wie Pharmaunternehmen oder der

Basler Zoo. Dies allein sei aber kein Grund, die Initiative für ungültig zu erklären, dem Basler Stimmvolk sei zuzumuten, dass es sich vor der Abstimmung eingehend informiere.

Für die Initianten von Sentience Politics ist der Urnengang in Basel erst der Anfang. Für sie steht fest: Erst kommen die Primaten, danach andere Tiere wie Schweine, Kühe oder Hühner. So steht es zumindest in einem Strategiepapier. Erstaunlich ist dies nicht: Sentience Politics steckt auch hinter der Initiative zum Verbot der Massentierhaltung.

Schweiz, Seite 11
Meinung & Debatte, Seite 9

Maskenpflicht in Zürich hält nur wenige Kunden vom Einkaufen ab

Eine NZZ-Analyse zeigt begrenzte Auswirkungen auf Geschäfte

mbe. · Als der Kanton Zürich Ende August eine Maskenpflicht in Läden anordnete, war die Kritik aus Wirtschaftskreisen gross. Die Detailhändler würden unweigerlich leiden, hiess es. Auch in anderen Ländern befürchten Einzelhändler, dass die Kunden ausbleiben. Dabei sind die Folgen nicht von vornherein klar. Die Konsumenten mögen Läden meiden, weil das Einkaufen mit Maske mühsam ist. Umgekehrt strömen sie vielleicht mehr in die Läden, weil sie sich mit Maske sicherer fühlen.

Was hat die Maskenpflicht tatsächlich bewirkt? Eine NZZ-Analyse von neuen Echtzeitdaten zeigt erstmals,

dass die wirtschaftlichen Schäden der Maskenpflicht begrenzt sind. Die Geschäfte im Kanton Zürich haben zwar einen leichten Dämpfer bei den Kundenbesuchen und bei den Umsätzen erlitten – dies im Vergleich mit Läden in der Zentralschweiz und in der Ostschweiz, wo keine Maskenpflicht gilt. Sowohl Lebensmittelgeschäfte wie andere Detailhändler hatten gewisse Einbussen hinzunehmen. Aber diese fallen laut der Analyse nicht dramatisch aus. Die Grössenordnung liegt bei 5 Prozent. Dies ist weit weniger, als Detailhandelsverbände in der Schweiz oder auch im Ausland prognostiziert hatten.

International weiss man wenig Verlässliches über die Auswirkungen einer Maskenpflicht auf Geschäfte. Die Forschungsliteratur hat sich der Frage bis jetzt kaum gewidmet. Ein Grund ist, dass die Wirkungen schwierig zu messen sind, wenn eine Maskenpflicht gleichzeitig in einem ganzen Land eingeführt wird. Hier zeigt sich eine Stärke des Schweizer Föderalismus. Dass Kantone unterschiedlich agieren können, ermöglicht Experimente im kleinen Rahmen. Politiker wie Bürger können so die Folgen verschiedener Strategien der Corona-Bekämpfung besser abschätzen.

Wirtschaft, Seite 17

Brüssel schraubt an den Klimazielen

Grüne Investitionen sollen aus der Krise führen

Ursula von der Leyen bleibt ihrem Politikstil treu: In der ersten Rede zur Lage der EU skizziert die Kommissionspräsidentin mit grossen Worten die Herausforderungen, ohne allzu konkret zu werden.

DANIEL STEINVORTH, BRÜSSEL

Ohne Allgemeinplätze ging es nicht. Dass Europa das sein werde, «was wir daraus machen», und dass jetzt alle mitwirken sollten, Europa «stark zu machen», das glaubte Ursula von der Leyen ihren Zuhörern im Europaparlament nach fast eineinhalb Stunden auch noch sagen zu müssen. Die Präsidentin der EU-Kommission blieb sich treu, als sie am Mittwoch ihre erste Rede zur Lage der Europäischen Union hielt. Grosse, blumige Worte, das wissen die Abgeordneten in Brüssel inzwischen, gehören zum Politikstil der 61-jährigen Deutschen einfach dazu.

Hohe Erwartungen an den Auftritt von der Leyens hatte es angesichts der zahlreichen Krisen, mit denen Europa zu kämpfen hat, dennoch gegeben. Würde die Kommissionschefin auf die neuerlichen Abschottungstendenzen der Mitgliedstaaten eingehen? Würde sie Vorschläge zur Lösung der neuen Flüchtlingskrise nach dem Brand des Lagers im griechischen Moria machen oder sich konkret zum Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten äussern? Es scheint, als kehre derzeit an keiner politischen Front Ruhe ein, entsprechend gefordert war die Spitze der EU-Exekutive, Wege aus der Krise aufzuzeigen.

Ökologische Visionen

Von der Leyen versuchte es auf ihre altbekannte Weise. Schon bei ihrer Rede im Europaparlament im Sommer 2019, als sie knapp zur Kommissionspräsidentin gewählt worden war, hatte sie das Bild einer Staatengemeinschaft skizziert, die nicht nur grüner und digitaler, sondern auch weiblicher und «geopolitischer» werden sollte. Um die Erfahrungen der Corona-Krise ergänzt, wiederholte sie am Mittwoch ihre Visionen: Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Erderwärmung auch während des Lockdown vorangeschritten sei. Der «grüne Deal», also der Klimaschutzplan der EU-Kommission, könne jetzt gerade helfen, Europa durch «grüne Investitionen» aus der Rezession herauszuführen.

Von einer Korrektur der ambitionierten Klimaziele angesichts der Wirtschaftskrise will von der Leyen nichts wissen. Ihre Rede vor den Abgeordneten hat sie im Gegenteil dazu genutzt, die Zielvorgabe für das Einsparen von Emissionen bis 2030 von bisher 40 auf «mindestens 55 Prozent» anzuheben. «Ich weiss, dass dieses Ziel für manche zu viel und für andere noch nicht genug ist», sagte die Kommissionschefin. Für die nötigen Investitionen Sorge auch das Corona-Wiederaufbauprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Mehr Geld will von der Leyen auch bei Gesundheitsfragen in die Hand nehmen. Weil ein Virus, «das kleiner als ein Sandkorn» sei, der Welt und der EU die eigene Zerbrechlichkeit vor Augen geführt habe, könne die Antwort aus Brüssel nur heissen, dass die Zeit für eine «stärkere europäische Gesundheitsunion» gekommen sei. Konkret schlägt ihre Behörde die Gründung einer neuen EU-Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung vor. Auch über mehr Mittel für das Gesundheitsprogramm «EU4Health» müsse man sprechen, sagte von der Leyen. Pikanterweise hatten die Mitgliedstaaten auf ihrem Gipfel im Juli genau hier den Rotstift angesetzt.

Auf die neuen nationalen Alleingänge und Corona-Reisewarnungen ging die Kommissionspräsidentin nicht ein. Und über die gegenwärtige Migrationskrise sprach sie nur allgemein. «Wenn wir alle zu Kompromissen bereit sind, ohne unsere Prinzipien aufzugeben, können

Die EU setzt auf Bevormundung

Kommentar auf Seite 9

wir eine Lösung finden», lautete von der Leyens Floskel. Einen neuen Pakt für Asyl und Migration will die EU-Kommission in der kommenden Woche präsentieren. Beobachter erwarten darin konkrete Empfehlungen wie einen neuen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge.

Im Streit um die Rechtsstaatlichkeit versprach von der Leyen, dafür zu sorgen, dass Gelder aus dem EU-Haushalt und dem Corona-Fonds vor «jeder Art von Betrug, Korruption und Interessenkonflikten geschützt» würden. «Europäische Werte» seien «nicht verhandelbar». Allerdings sind auch das kaum mehr als hehre Absichten: So hat Ungarn schon mit einem Veto gegen den Corona-Aufbaufonds gedroht, sollte die Vergabe von EU-Geldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards gekoppelt sein.

Kritik an London

Zum Brexit sagte die EU-Kommissionspräsidentin, dass sie das Zustandekommen eines Handelsabkommens mit Grossbritannien bis zum Ende der Übergangsphase für immer weniger wahrscheinlich halte. Es bleibe nur noch wenig Zeit. Die Pläne des britischen Premierministers Boris Johnson, Teile des bereits gültigen Brexit-Abkommens mit einem neuen britischen «Binnenmarktgesetz» auszuhebeln, seien inakzeptabel.

Indem sie immer wieder an die Kraft Europas appellierte, hörte sich die frühere deutsche Verteidigungsministerin streckenweise wie eine Motivationstrainerin an – was freilich nicht alle Zuhörer goutierten. Er habe eine «Wohlfühlrede» gehört, twitterte der sozialdemokratische Europaabgeordnete Jens Geier, der während des Beifalls sitzen blieb. Allein auf die Kraft ihrer Worte kann sich von der Leyen anscheinend nicht mehr verlassen.